

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung vom 10. März.

1. Abg. Am Straßburger: Graf Caprivi, Freiherr von Marschall u. A. Abg. von Koestler hat sein Mandat niedergelegt. Zur ersten und eventuell zweiten Beratung steht zunächst der Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung des Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien bis zum 15. Mai 1894. Das Haus stimmt ohne Debatte bei. Es folgt die zweite Beratung des deutsch-russischen Handelsvertrages.

Zur Geschäftsordnung nimmt das Wort: Abg. v. v. Mantuffel (Kon.): Im Namen meiner Kommilitaden politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir es auf das lebhafteste bedauern, daß der Bericht der Kommission ein mündlicher und nicht ein schriftlicher ist. Wir sind der Meinung, daß bei einem so wichtigen Vertrage, wie es der deutsch-russische Handelsvertrag ist, und nach so eingehenden Beratungen, wie sie in der Kommission geschehen sind, es erforderlich wäre, einen schriftlichen Bericht zu erstatten. (Beifall rechts.) Wie kann die Kommission das nicht beschließen, ein Antrag, den ich in der Kommission vorstellt habe, auf schriftliche Berichterstattung ist abgelehnt worden. Die Situation ist aber doch wirklich eine wunderbare. Als der österreichische Handelsvertrag beschlossen wurde, da wurde nicht einmal eine Kommissionsberatung zugestanden, es wurde gleich eine Beratung im Plenum angesetzt. Als die sogenannten Keinen Handelsverträge zur Beratung standen, da wurde eine Kommissionsberatung zugestanden, und es wurde ein schriftlicher Bericht erstattet. Jetzt, wo der große, schwerwiegende russische Handelsvertrag beraten wird, hat man zwar eine Kommissionsberatung beliebt, aber den schriftlichen Bericht abgelehnt. Das muß doch wirklich im Lande den Ansehens käme, und am gleichgültigsten der deutsch-österreichische Handelsvertrag wäre. Also aus den von mir angeführten Gründen muß ich im Namen meiner politischen Freunde dem Bedauern Ausdruck geben, daß ein schriftlicher Bericht nicht erstattet worden ist. (Beifall links.)

Abg. Richter (Fr. B.): Wir haben in der Kommission Bericht die Gründe mitgeteilt, welche uns veranlaßt haben, den Antrag auf schriftliche Berichterstattung abzulehnen. Es handelt sich hier um ein wichtiges Werk, dessen Zustandekommen von der ganzen Gewerkschaft in Deutschland mit der größten Spannung erwartet wird. Am 20. März soll dieser Vertrag fertig werden, jeder Tag, jede Woche Aufschub wieder große Verluste für viele Gewerkschaften Deutschlands zur Folge haben. Es war also unsere Pflicht, vor Eintritt in die Diskussion das Werk zu Ende zu bringen. Die Herren drüben haben allerdings die Meinung gehabt, daß sie in der Kommission neue Gründe vorzubringen hätten; wir haben nicht einen einzigen neuen Grund gefunden. Wir hätten uns bereit erklärt, Tage und Abende lang weiter zu verhandeln, nur ein einziges Mal ist ein Antrag auf Abschluß der Diskussion in der Kommission gestellt worden, und zwar von mir. Die Herren waren darüber so entsetzt, daß ich ihn sofort zurückzog. Sie waren wieder in der Diskussion, noch in der Vorbereitung von Material beschämt. Das Material liegt vor, es ist nicht durch die mündliche Berichterstattung verloren, wohl aber würden 3-5 Wochen verloren sein, wenn der Bericht ein schriftlicher hätte sein müssen. Auch jetzt sind wir ja zu Tages- und Besprechungen bereit. Sie können ja sprechen, soweit Sie wollen.

Abg. Dr. Bachem (Er.): macht darauf aufmerksam, daß dem Referenten zu einem schriftlichen Bericht mindestens 14 Tage hätten Zeit gegeben werden müssen. Die Herren seien aber dadurch zu ihrem Rechte gekommen, daß nicht ein einziger Schlußantrag angenommen worden sei. Abg. Dr. Hammacher (Ul.): stellt den Herren auf, von ihrem Geschäftsordnungsmäßigem Rechte Gebrauch zu machen, nämlich zu beantragen, daß ein oder der andere Teil des Vertrages in die Kommission behufs schriftlicher Berichterstattung zurückverwiesen werde.

Abg. v. v. Mantuffel erwidert, sie würden sicher von diesen Rechte eventuell Gebrauch machen; sie fürchten nur, daß dies wenig Erfolg haben würde, weil die Mehrheit sich entscheiden würde. Dem Abg. Richter erwidert er, daß, wenn kein Schlußantrag angenommen worden sei, dies daran lag, daß nur der Gegner des Vertrages und die Vertreter der Regierung, nicht aber auch dessen Freunde das Wort ergreifen haben.

Abg. Dr. Hammacher bestreitet dies leztere. Wenn aber die Befürchtung des Vorredners zutreffen sollte, daß die Anträge auf Zurückverweisung in die Kommission abgelehnt werden würden, so würde das nur beweisen, daß die Kommission sich in voller Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Hauses befinden hat, als sie für eine schriftlichen Berichterstattung abstimmt.

Das Haus tritt nunmehr in die Beratung des Art. 1, der den Grundsatze der Gleichstellung der Angehörigen des fremden Staats mit den Einheimischen in Bezug auf Handel und Gewerbebereich unter Zustimmung der Reichsregierung und mit der Maßgabe, daß die Landesgesetze auf die Fremden Anwendung finden sollen. Hierzu ist in dem Schlussprotokoll die Beschlusseinstimmung noch ausdrücklich hinsichtlich des Passports auszubringen.

Berichterstatter Referent Abg. Müller referiert über die Verhandlungen in der Kommission. Abg. Dr. Hoff (Ul.): Esom in der ersten Beratung hat der Abg. Dr. Stamm die Bedenken gegen diesen Artikel hervorgebracht. Ich würde die Vertreter der Regierung bitten, ihre Erklärungen zu Art. 1 und der Kommission zu übermitteln. Ein Bedenken habe ich gegen Art. 22 des Schlussprotokolls bezüglich der russischen Juden. Die Bestimmungen über den Bevölkerungszustand sind hier nicht so klar wie z. B. in dem Vertrage mit Serbien. Es bedarf es der Aufklärung über die Behandlung der Juden, die nicht reichsangehörig sind. Meine Freunde und ich sind der Ansicht, daß der frühere Zustand, während dessen 50-70 000 Einwanderer über die Grenze hereintraten, theils hierüber, theils zurückgehen, kein ernstliches war. Es handelte sich dabei auch um andere russische Elemente, vorzugsweise um die Arbeiter.

Es hat sich nun gezeigt, daß die Einwanderung der fremden Arbeiter entbehrlich ist; kann es hat sich herausgestellt, daß die Beschäftigung nicht die Ursache der Einwanderung russischer Arbeiter ist, sondern die Wirkung derselben ist. Das sind unsere Hauptbedenken gegen Artikel 1; sie werden aber nicht abhätten, für Artikel 1 zu stimmen, da wir uns in der Zwangslage befinden, nicht nur die handelspolitischen Bestimmungen annehmen zu können. Wir befinden uns also nicht in einer Hurrathmung dem Vertrage gegenüber. Vielleicht giebt die Regierung auch schon jetzt eine Erklärung über die Staffeltarife ab. Reichstagsleiter Graf Caprivi: In Bezug auf die Anregung, die der Vorredner betrifft der Staffeltarife gegeben hat, kann ich erklären, daß die verbündeten Regierungen wohl dem zustimmen, was der Staatssekretär des Reichsanwalts des Innern in der Kommission ausgesprochen hat. Es sind ja verschiedene Bedenken aufgeworfen, die sich an diese Behauptung geknüpft haben, und ich will versuchen, sie zu widerlegen. Das Erste, was der Vorredner erwähnt hat, ist die Frage, ob die Aufhebung der Staffeltarife nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, etwa am 1. September, sondern schon am 1. August erfolgen wird. Ich habe darauf zu erwidern, daß zwar die Erwägungen in dem preussischen Ministerium für öffentliche Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind, daß sie aber schon jetzt so viel ergeben, daß wesentliche wirtschaftliche Bedenken sich der Aufhebung der Staffeltarife bereits am 1. August nicht entgegenstellen. Zweitens ist die Frage gestellt worden ob es nicht vorzuziehen sei, euernd die Aufhebung der Staffeltarife zu fixieren, und sie etwa mit der Dauer des Handelsvertrages zu verbinden. Ich habe darauf zu bemerken, daß die preussische Regierung überhaupt nicht in der Lage ist, sich formal zu binden, aber auch die Zweifel, die hervorgerufen sind, sich ohne weiteres dadurch erledigen werden, daß die wesentlichen Motive der preussischen Regierung für die Aufhebung der Staffeltarife, deren Zusammenhang mit dem Handelsvertrag und der Aufhebung des Identitätsnachweises ist. Wenn diese Dinge einen inneren Zusammenhang haben, so ist die Schlussfolgerung berechtigt, daß es die Pflicht ist, die Staffeltarife zu befestigen für die Dauer des Handelsvertrages. Immerhin hat der Staatssekretär des Innern mit vollem Rechte erklärt, daß eine bindende Verpflichtung nach dieser Richtung nicht eingegangen werden kann. Es gibt auch dringende Beispiele angeführt, es könnten ja Notwendigkeiten eintreten, die uns nöthigen, im Interesse eines notleidenden Landes, theilweise die Staffeltarife wieder einzuführen. Daraus haben argwöhnische Gemüther geschlossen, daß die preussische Regierung die Staffeltarife aufheben wolle, nur damit der Handelsvertrag zur Annahme gelange. Das liegt nicht in der Absicht der preussischen Regierung. Die preussische Regierung beabsichtigt, vollkommen loyal in dieser Frage vorzugehen. Sie wird in der Notwendigkeit sein, nach der Aufhebung der Staffeltarife in der Erwägung der Frage einzutreten, wie die Frachten für Getreide und für Mühlenfabrikate sich künftig gestalten werden. Das liegt ja auf der Hand, aber eben so liegt auf der Hand, daß das eine Frage ist, die nicht allein russische Erwägungen, sondern auch Erfahrungen voraussetzt. Die Staffeltarife werden aufgehoben auf das Gutachten des Landescommissars darüber zu hören sein, wie man nun die Tarife zu gestalten hat, um denjenigen Bedenken gerecht zu werden, die gegen die Staffeltarife geltend gemacht sind. Es wird aber auch weiter nöthig sein, zunächst Erfahrungen über die Wirkungen des Handelsvertrages und die Wirkungen der Aufhebung des Identitätsnachweises zu sammeln. Man hat die Aufhebung des Identitätsnachweises als einen Sprung ins Dunkle bezeichnet, und das mag richtig sein. Wenn wir aber die Folgen dieses Sprunges absehen wollen, so müssen wir erst warten, bis es etwas heller geworden ist, bis wir sie übersehen können. Aber wird die preussische Regierung nicht im Stande sein, ihre Beschlüsse über die Aufhebung der Staffeltarife zu fassen. Ich kann noch einmal wiederholen, daß die preussische Regierung damit einverstanden ist, und diese Behandlung zu bekräftigen, darf ich mich darauf stützen, daß die Anregung der Frage der Aufhebung der Staffeltarife in Preußen von der in Preußen entscheidenden Stelle ausgegangen ist. Staatssekretär v. v. Marschall: Die deutsche Regierung hat vollkommen freie Hand, russische Individuen abzuschieben und auszuweisen oder nicht zuzulassen. Dies Hoheitsrecht ist vollkommen unberührt. Versteht man von der Frage, wie russische Staatsangehörige zu behandeln sind, ist die, wie solche zu behandeln sind, die die russische Staatsangehörigkeit verloren, eine neue aber noch nicht erworben haben. In dieser Beziehung gewährt Art. 22 einen großen Fortschritt, insofern sich die russische Regierung verpflichtet hat, auch solche Individuen bei sich aufzunehmen. Bisher waren wir nicht in der Lage, solche russische Auswanderer wieder nach Rußland zu schaffen; jetzt können wir das; entweder auf polizeilichem Wege, wenn sich die Personen noch nicht länger als einen Monat in Deutschland aufgehalten haben, sonst auf dem umständlicheren Wege des Schriftwechsels.

Abg. Lohse (D. Rep.): Wir erörtern in Artikel 1 eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr, denn es ist bekannt, welcher Art diese russischen Einwanderer sind. Der Abgeordnete Richter wird uns ja nachher über die Judenfrage aufklären. Schon wegen dieser nationalen Gefahr müssen wir Artikel 1 als Antikennzeichen ablehnen, ganz abgesehen davon, daß uns der Vertrag wieder in fremdenhässliche Bahnen lenkt. Die Regierung stellt sich ja dem Antikennzeichen feindlich gegenüber. Der Reichstagsleiter hat uns die Vorarbeit der Sozialdemokratie genannt. Darin tritt er, nicht wie wir sind das, sondern gerade das Indehnum, das in der Sozialdemokratie das Expter schwingt, während wir Indehnum und Sozialdemokratie bekämpfen. Wir lehnen also Artikel 1 ab und damit auch den ganzen Vertrag. Ich bitte Alle, denen noch deutsches Blut in den Adern fließt (Lachen), dass sie zu thun.

Abg. Richter (v. d. Rechten Seite mit Ab! Ab! begrüßt): Das die Staffeltarife betrifft, so habe ich die Erklärung des Reichstagsleiters dahin aufgeführt, daß eine allgemeine Reform der Eisenbahntarife nicht ausgeschlossen ist. Eine Rede über die Judenfrage zu halten, habe ich in der Kommission nicht verprochen und werde das auch nicht thun, um so weniger, als wir die Entschiedenheit im Reden auch hier fortsetzen werden, da wir den Wunsch haben, daß der Vertrag so schnell wie möglich in Kraft tritt. Eine nationale Gefahr liegt im Art. 1 nicht, dazu ist die Zahl der russischen Staatsangehörigen bei uns zu gering. Zudem findet sich dieselbe Bestimmung wie in Art. 1 in allen anderen Verträgen und es hätte seltsam ausgesehen, wenn das deutsche Reich diese Bestimmung verneinert hätte.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg befeigt mit einem großen Stoße von Papieren die Tribüne, und vom Hause mit großer Heiterkeit begrüßt wird: Ich bin von jeder ein Gegner der Handelsvertragspolitik gewesen, aber ich meine, daß man auch denen, die ihr früher zuwider gewesen sind, ein abnehmendes geändert haben, keinen Vorwurf machen darf. Vizepräsident v. v. Bueli: Ich mache den Redner darauf aufmerksam, daß wir uns bei der Spezialdebatte befinden.

Abg. v. v. Liebermann: Ich glaube, daß ich bei Art. 1, mit dem der ganze Vertrag steht und fällt, auch auf den Zusammenhang mit den anderen Verträgen eingehen darf. Vizepräsident v. v. Bueli: Wir haben eine generelle Debatte gehabt, und Sie haben sich jetzt an die Spezialartikel zu halten. Abg. v. v. Liebermann (fortfahrend): Dann werde ich bei der Generaldebatte das Wort nehmen und ich bitte den Artikel, das wird allerdings die Verhandlungen in die Länge ziehen. In diesem Vertrage liegen alle Vortheile auf Seiten Rußlands (Aufe: Zur Sache!) Ich bin bei der Sache. Es ist bekannt, daß es keinen schlechteren Markt giebt, als den russischen. (Aufe links: Das ist doch Generalabstimmung!)

Vizepräsident v. v. Liebermann: Ich muß den Redner aufmerksamer machen, daß wir uns in der Spezialdebatte befinden. Abg. v. v. Liebermann: Es ist nicht ganz leicht... (Große Heiterkeit.) Sie (nach links) werden noch viel weniger in der Lage sein, die Schwierigkeiten, hier zu sprechen, zu überwinden. Art. 1 ist die Grundlage des ganzen Vertrages. Wir halten einen solchen mit Rußland überhaupt nicht für angebracht. Vortheile von dem Vertrage haben nur sehr wenige deutsche Industriezweige. Der Absatz nach Rußland wird überhaupt immer mehr abnehmen. Wesentliche nationale Interessen hätten geboten, daß unsere Unterhändler die Nothlage Rußlands benutzt hätten. Die Behandlung unserer deutschen Stammesbrüder in den Ostprovinzen ist ganz außer Acht gelassen worden. Jetzt, wo Rußland unsere wirtschaftliche Fremdschaft braucht, wäre der Zeitpunkt gekommen gewesen, um die deutschen Herzen durch Eintreten für unsere Stammesgenossen zu gewinnen. So wenig sich Fürst Bismarck in die Angelegenheit mischte, so dubelt er doch auch kein Glimpfchen fremden Staaten in unsere Angelegenheiten. Es scheint aber doch kein kalter Wasserstrahl nach Rußland ergossen zu sein, sonst hätte man in Rußland nicht die Ungewissheit haben können, uns mit Krieg zu bedrohen, wenn der Vertrag nicht zu Stande kommt. (Beifall rechts.) Wir haben in Ostpreußen keine Furcht; die Russen mögen nur kommen (Lachen; Beifall rechts). Erst muß ein Armeekorps auf der Strecke bleiben, ehe die russischen Herte als Sieger hier eintreten können und dann wird der Landsturm ausgeboten werden. Der Abg. Richter wirt mir zu... (Abg. Richter: Ich habe nichts gesagt.) (Heiterkeit.) Der Abg. Richter sagt, die festen Eisenlinien (Abg. Richter: Unwahrscheinlich ich habe gar nichts gesagt; nun will er sich interessant machen mit meinem Namen.) (Stürmische Heiterkeit.) Dann bitte ich um Entschuldigung; nicht der Abgeordnete Richter war es, sondern der da! (Geht auf einen sozialdemokratischen Abgeordneten.) (Stürmische Heiterkeit.) Uebrigens die Zeiten sind vorbei, wo man sich mit dem Namen des Herrn Richter interessiert haben konnte. (Beifall rechts, Lachen links.) Das ist ja richtig, daß wir bei dem nächsten Kriege in Ostpreußen einen schweren Kampf zu kämpfen haben werden; vor Allen der russischen Juden wegen, die schon Napoleon als Spione benutzte. Damit komme ich nun zu Artikel 1. Rußland hat sich vorbehalten, seine Juden loszuwerden und wir sind natürlich unbenutzt darauf eingegangen. Wir müssen die russischen Juden jeden Jahre behalten und das ist genug, um das Vaterland zu Grunde zu richten (Lachen links, Beifall rechts). Es ist unheimlich, wie die deutsche Regierung sich die Ausweisung der russischen Juden denkt. Treiben wir sie über die Grenze, so schreien die Russen einfach; die Juden kommen zurückzulaufen, wir müssen natürlich nicht und ich will das auch nicht bekräftigen. Aber das ist unbeschränkt, daß die Juden eine Landplage sind; alle Geschlechts sind darüber einig (Lachen links). Nur die Preussischen nicht. In der Kommission hat der Geh. Rath Reichard gesagt, es gehe mit der Ueberweisung mit Juden so wie mit der mit Rogenen Juden haben keinen Belmutter und wo kein Angebot ist auch keine Nachfrage. Will solchen Witz und Vergleichen, die auf einen Beinen hinken, sollte man bei einer so ernsten Sache nicht kommen. Die Russen kommen wie Staub durch die feinsten Jagen, sie breiten sich aus wie Unkraut. Ich rathe der Regierung, sich zu fügen auf das feste Fundament der aederautreibenden Bevölkerung, und uns gegen die Juden zu schützen. (Beifall rechts.)

Abg. v. v. Hammerstein (Kon.): Von allen Seiten ist anerkannt, daß die russischen Juden eine Landplage sind, sowie, daß ihnen der Eintritt nach Deutschland durch den Vertrag sehr erleichtert wird. Wir befinden uns schon dadurch in einer üblen Lage, als die Juden sich nur in irgend einem Grenzstaate naturalisiren zu lassen brauchen, worauf ihnen der dauernde Aufenthalt in einem anderen Staate nicht verweigert werden kann. Darum find wir gegen Artikel 1.

Abg. Fürst Radziwille (Pole.): Wir haben mit der Thatsache zu rechnen, daß der österreichische Vertrag besteht; aber selbst wenn er nicht bestände, würde es uns schwer werden zu erklären, daß ein strenger Schutz ein geeignetes Mittel ist, um der Depression auf dem Gebiete der Industrie und Landwirtschaft abzuwehren. Um so weniger können wir verlangen, daß die Aufrechterhaltung des Differentialzollgesetzes Rußland ein Mittel zur Hebung der niedrigen Getreidepreise nicht ist, als von dem Getreide zu 350 Mk. genug von anderen Ländern und auf anderen Wegen eingeführt werden kann. Der Differentialzoll erscheint uns somit als keine dauernde Wauer, die in einem Wasser gebaut ist, aber nicht bis an die Ufer heranreicht. Die Russen lausen sich, finden aber nicht ihren Absatz und es bilden sich fortan gefährliche tobe Bänke, die das Finsterniß selbst gefährden. Ich bitte die Herren Abgeordneten, die im Rußland grendenden Bundesheile beizubringen. Vizepräsident v. v. Liebermann: Wir befinden uns bei Art. 1.

Abg. Fürst Radziwille (fortfahrend): Artikel 1 des Vertrages tritt uns als Mittel entgegen, Handel und Wandel in ruhigeren Bahnen zu leiten, eine Absicht, von der ich nicht leugnen will, daß sie erreicht werden kann zum Vortheil von Handel und Industrie. Dem gegenüber kann ich zweifellos hinde treten, ob wir nicht mehr hätte erreichen können. Uns ist die Annahme des Vertrages nicht leicht gemacht. In unseren Wahlkreisen sind die Ansichten auch verschieden, und wenn wir dazu gekommen sind, für den Vertrag zu stimmen, so geschieht es, weil wir die Wünsche der Regierung nicht vollständig berücksichtigen wollen, in der von mir geäußerten Richtung dazu zu gelangen, stabilere und festere Verhältnisse zu

Abg. v. v. Liebermann v. Sonnenberg befeigt mit einem großen Stoße von Papieren die Tribüne, und vom Hause mit großer Heiterkeit begrüßt wird: Ich bin von jeder ein Gegner der Handelsvertragspolitik gewesen, aber ich meine, daß man auch denen, die ihr früher zuwider gewesen sind, ein abnehmendes geändert haben, keinen Vorwurf machen darf. Vizepräsident v. v. Bueli: Ich mache den Redner darauf aufmerksam, daß wir uns bei der Spezialdebatte befinden.

anferem Nachbarrunde heranzuführen. Wir haben uns in
solcher Uebereinstimmung mit unserer ökonomischen Anschauung,
so weit wir hier als Privatleute sprechen und in voller
Erkennung der politischen Situation und für den Vertrag entgegen-

Abg. Hilpert (bayerischer Bauernbündler) empfiehlt die
Abweisung des Artikels und damit des ganzen Handelsvertrags
im Interesse der bayerischen Landwirtschaft. Er geht es so weiter
mit den Handelsverträgen, so wird es zu einer Bauernrevolte
kommen, die allerdings anders aussehen würde, wie die andere
Demokratie. Alle, die nach Freuden der Landwirtschaft sind,
mögen gegen Art. 1 und nach gegen den Vertrag stimmen.

Abg. Dr. Bachem (Str.) hat wieder es nicht hier für die
Würde des Reichstags entsprechend halten, wenn eine Rede wie
die des Abg. Liebermann v. Sonnenberg widerprochen bliebe.
Wir protestieren alle insgesamt gegen die Behandlung der
Zwischenfrage im Reichstage, wie sie der Abg. v. Liebermann
belehrt hat. Darauf will ich nicht befechtigen.

Abg. Richter: Ich kann mich dem nur anschließen.
Außerdem will ich den Abg. Baumgarten, der heute abweichend ist,
gegen die Beschlüsse der Kommission in Schutz nehmen, als
habe er sich dort als Jude nicht gezeigt. Ferner beklage
ich es auf das Tiefste, daß die Stappelfarise aufgehoben
werden sollen. Das liegt durchaus nicht im Interesse des Weßens.
Besonders entschieden müßte ich mich aber gegen eine etwaige
Bindung der Eisenbahntarife für die Zukunft erklären. Nur
das Gesamtinteresse, nicht das Sonderinteresse einzelner Land-
schaften oder Produzentenkreise darf auf diesem Gebiete maß-
gebend sein.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg bemerkt, er habe
gegläubt, bei Artikel 1 über die ganze Materie sprechen zu
dürfen. Er habe sich darin getäuelt. Aber er wolle sagen,
mögen die Juden uns gegenüber die allgemeine Menschenliebe
gefahren, die wir ihnen stets gewährt haben. Entschieden
müßte er sich dagegen verwahren, als ob Herr Bachem nöthig
habe, ihm gegenüber die Würde des Hauses zu wahren. Das
werde er schon selbst thun.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Auch ich halte die Stappelfarise
für durchaus feindselig. Die Reichsregierung will nach Auf-
hebung des Identitätsnachweises einzelne Landestheile sonst
schwer geschädigt würden und weil die Verhältnisse der Land-
wirtschaft in den einzelnen Gegenden des Reichs getrübt
werden müßten. Warum macht denn die Regierung den Sprung
ins Dunkle.

Reichskanzler Graf Caprivi: Der Vorredner hat die
Anerkennung gethan, daß Reich wolle Preußen zwingen, die
Stappelfarise aufzuheben. Woher der Abgeordnete diese Ansicht
hat, ist mir unbekant. Ich habe zum ersten Male durch ihn
selbst davon gehört und muß sie als eine vollkommen richtige
bezeichnen und in ihrer Tendenz auf das Schärfste verurtheilen.
Abg. Ulrich (Str.) bekant sich als Urheber des Zwischen-
spruchs von den 7 Stößen.

Abg. Schall (Str.) äußert aus seinem christlichen wie aus
seinem agrarischen Herzen heraus die schmerzlichen Bedenken
gegen den Vertrag.

Abg. Fröb. v. Heerenman erklärt, er sei kein Antisemit
und bedauere die Art der Angriffe, wie sie hier im Hause gefallen
sind, und oft in einer Art und Weise, daß sie Schaden erregten.
Dazu sei die Sache doch zu ernst (Beifall). Der Ansicht des
Abg. Richter, daß die Stappelfarise dem Weßten nicht schaden, müße
er direkt widersprechen, denn sie bringen Ungleichheit in die
Produktionsverhältnisse. Im Weßten sei Grund und Boden und
Arbeiter und auf die Landwirtschaft müße Rücksicht genommen
werden. Nur da, wo sich eine gesunde Landwirtschaft als
Unterlage befindet, können sich auch Handel und Gewerbe ent-
wickeln. Da die Stappelfarise aufgehoben werden, sei er für
sich den Vertrag und bitte auch alle anderen, dafür zu stimmen.

Nach einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen den
Abgeordneten Ulrich und v. Liebermann über die sieben
Eisenbahnen, in deren Verlauf ersterer wegen des Ausdrucks
„Falschfährer“ zur Ordnung gerufen wird, tritt

Abg. Richter nochmals dafür ein, daß die Aufhebung
der Stappelfarise dem Weßten nicht nur nicht schädlich, sondern
nützlich sein. Je mehr er gegen unbegründete Bevorzugung
der Landwirtschaft sei, um so mehr protestire er gegen eine
solche Hintanhaltung berechtigter Interessen der Landwirtschaft
im Osten. (Beifall.)

Abg. Holz (Rp.) spricht seine Freude darüber aus, daß
der Abg. Richter hier einmal so sehr für die Landwirtschaft
eingetreten sei. Wenn sie gegen Artikel 1 stimmen, so geschähe
es aus sachlichen und wirtschaftlichen Gründen, nicht aber
aus antijüdischen.

Abg. v. Kardorff (Rp.) weist darauf hin, daß er den
Fürsten Bismarck, als dieser sich für freihändlerische Wege be-
geben hatte, stets bekämpft habe. Nie aber habe Fürst
Bismarck so zu lange Zeit Handelsverträge abgeschlossen.

Abg. Graf Mirbach (Str.): Ich will jetzt auf die Frage
der Stappelfarise nicht eingehen; wir werden bei Art. 19 Ge-
legenheit genug dafür haben. Damit schließt die Debatte.

Zu namentlicher Abstimmung wird Art. 1 mit
200 gegen 146 Stimmen angenommen.

Dafür stimmen geschlossen die beiden freisinnigen Par-
teien, die bürgerliche Volkspartei, Sozialdemokraten,
Polen, Weßsen, Gläffler, das Gros der National-
liberalen; etwas weniger als die Hälfte des Centrums.
Von der Reichspartei stimmen dafür die Abgeordneten
Dr. Häffel, Krupp, Dr. Leuschner, Werbach, Meyer (Dauhin).

Dr. Schulz-Lupis, Fröb. v. Stumm und Baumgard. Von
den Konserverativen stimmen dafür Gerding zu Stolte-
Dehringen (aus der Fraktion getreten), Prinz zu Stolte-
Dehringen, Graf Dönhoff-Friedrichstein und Widen (aus der
Fraktion getreten).

Dagegen stimmen die Konserverativen und Reichs-
partei mit obigen Ausnahmen, die Antisemiten, die
Bauernbündler, außerdem von den Nationalliberalen die
Abg. Baum, Bantzen, Bayerlein, Dr. Friedberg, Günther
Dr. Galy, Hehl zu Huchstein, Hofang, Dr. v. Hagenbach
Misch-Fischer, Schulze-Henne, Schwetfeger, Walter. Vom
Centrum stimmen etwa 40 mit Nein, etwa 15-20 Mitglieder
des Centrums fehlen.

Unter großer Luhrde geht das Haus zur Berathung der
anderen Artikel über. Artikel 2 scheidet in Betreff des Gewerbes
und der Erweiterung beweglichen und unbeweglichen Eigen-
thums den beiderseitigen Angehörigen die Weisbegünstigung zu.
Das Haus nimmt ihn ohne Debatte an, ebenso die Artikel 3-4.

In Artikel 5 verfährt sich die vertragsschließenden Theile
von Aus- und Einfuhrverboten im Allgemeinen Abstand zu
nehmen, sowie den Transitverkehr auf den denselben geöffneten
Wege zuzulassen. Nur bei Artikeln, welche Gegenstand eines
Staatsmonopols sind, sind Ausnahmen zulässig, ebenso im
Interesse der Gesundheits- und Veterinärpolizei oder aus
anderen schwerwiegenden Gründen.

Abg. Fröb. v. Haunerstein (Str.) bemängelt die unklare
Fassung des Artikels; der Ausdruck schwerwiegende Gründe sei
zu unbestimmt.

Bundeskommissar Fröb. v. Thielemann erwidert, daß diese
Bestimmung auf Wunsch Deutschlands im Interesse der Land-
wirtschaft getroffen sei, damit nicht eventuell Schädlinge ein-
geführt werden können. Wenn Rußland von dem Artikel zu
unserem Ungunsten Gebrauch machen sollte, fänden uns ge-
nügende Reklamationenfragen zu Gebote.

Abg. v. Standy (Str.) wundert sich, daß der Vorredner
jetzt schon von eventuellen Reklamationen spricht.

Abg. Sammachner (nl.) bemerkt, daß man bei einem solchen
Vertrage annehmen müsse, daß jeder Theil denselben auch loyal
ausführe.

Artikel 5 wird angenommen. Die Berathung über
Artikel 6 und 7 wird ausgesetzt, da sie mit der Berathung des
Artikels verbunden werden soll. Artikel 8-18 werden ange-
nommen.

Darauf verlegt das Haus die weitere Berathung auf
Montag 12 Uhr. Außerdem 3. Berathung des Handels-
provisatoriums mit Spanien.

Schluß 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetentag.

33. Sitzung vom 10. März.

11 Uhr. Am Ministerische: Dr. Bosse u. A.
Eingegangen: Geheimrathe betr. die Aufhebung der im
Geltungsbereich des rheinischen Rechts bestehenden Vorschriften
über die in die Gewerbeverordnungen einzugestrichenen Verboten.

Die zweite Verhandlung des Kultusministeriums wird bei Kap. 121,
Tit. 26: Kreisinspektoren fortgesetzt.
Abg. Dasbach (Str.) beklagt, daß der Kreisinspektoren
in Braunschweig sich gegen den Eintritt der katholischen Lehrer in den
katholischen Lehrverdienst erklärt habe. Der Minister möge in
entsprechender Richtung eine Direktive an die Behörden er-
lassen. Zu beauern sei, daß ein Volksschullehrer noch im Amte
sei, der die Kinder geschimpft und mit einer Peitsche ge-
schlagen habe. Ferner beklagt sich Redner darüber, daß die
katholischen Geistlichen noch nicht durchweg die Volksschulinspek-
tionen übertragen sei, während es anderwärts noch immer altkatholische
Kreisinspektoren gebe.

Minister Dr. Bosse erwidert, daß es doch richtiger sein
würde, wenn die katholischen Geistlichen sich wegen Uebernahme
der Schulinspektion an ihm wenden würden. Was solle er mit
den im Amte befindlichen altkatholischen Kreisinspektoren
machen? Er könne sie doch nicht entlassen. (Heiterkeit.)
Wehin solle die Debatte führen, wenn man auf jeden Spezial-
fall hier eingehen wolle. (Beifall.)

Abg. Dautzenberg (Str.) schließt sich den Ausführungen
des Abg. Dasbach an. In vorwiegend katholischen Gegenden
seien evangelische Kreisinspektoren vorhanden; man wolle
mehr als bisher katholischen Geistlichen Kreisinspektionen
im Nebenamt übertragen. Vom Minister höre man immer
höfliche Worte, setze aber keine Thaten.

Minister Dr. Bosse: Die ganze Frage der Kreis-
schulinspektion ist eine schulrechtliche. Die Kreisinspektion im
Hauptamt ist überall anzustreben, wo eine Inspektion im Neben-
amt nicht ausreicht. Gerade in großen Städten haben Geistliche
mit Rücksicht auf ihre sonstige Ueberbürdung um Abnahme der
Schulinspektion gebeten. Zu beauern ist, daß von katholischer
Seite die amtliche Kreisinspektion im Hauptamt mit Wis-
trauen betrachtet wird.

Die Abg. Starke (Str.) und Mooren (Str.) führen
ebenfalls Klage über die Imparität auf dem Gebiete der Schul-
aufsicht.

Geh. Rath Kuegler führt aus, daß man in solchen fremd-
sprachlichen Bezirken, wo die Geistlichen das ganze Schulsystem
für falsch hielten, diesen nicht die Schulaufsicht anvertrauen
könne.

Abg. Rnebel (nl.) beklagt die Einführung eines

Unterrichts in die Volksschule, welcher die Leute befähige, sich
selbst später Klarheit über ihren Vermögensstand zu verschaffen.
Das sei das beste Mittel gegen den Wucher.

Abg. Dr. Porzsch (Str.) weist auf die Imparität in
Schulen hin. Der Centrum, den der Regierungskommissar
gegen die Verwendung von Geistlichen zu Schulinspektoren an-
geführt habe, hätte auch beim Amtsantritt des Grafen Zedlitz
zur Entlassung derjenigen Räte im Kultusministerium führen
müssen, die beim Grafen Zedlitz Schulinspektoren mitgearbeitet
hätten.

Geh. Rath Kuegler erwidert, daß bei der Schulaufsicht
in Schließen die Parität genügend gewahrt sei.

Abg. Seyffardt (nl.) hält das System der Kreis-
inspektion im Hauptamt für die beste Schulaufsicht. Dagegen
sei auch das Nebenamt der katholischen Geistlichen in der Rhein-
provinz auf das der evangelischen gehalten worden.

Abg. v. Garlinck (Pole) wünscht die Gründe zu
wissen, warum das Schulsystem in den Provinzen mit polnischer
Bevölkerung nicht geändert werden könne und wundert sich, daß
der vom Abg. Dasbach angeführte Lehrer noch an seinem
früheren Platze sei.

Abg. Reubauer (Pole) klagt über Imparität in Beziehung
auf die Schulaufsicht in Westpreußen.

Geh. Rath Kuegler erwidert, daß lediglich der Umstand,
daß der Regierung keine genügende Anzahl katholischer Beamten
für diese Gegend zur Verfügung stehe, es veranlasse, daß in
Westpreußen in manchen Bezirken mit überwiegend katholischer
Bevölkerung evangelische Kreisinspektoren seien. Doch sei
die Regierung bestrebt, hier nach Möglichkeit Wandel zu schaffen.

Abg. Mooren (Str.) betont, die Katholiken würden mit
der Regierung Hand in Hand gehen, wenn nicht die katholische
Anweisung von der Regierung in Bezug auf's Schulwesen
mehrmal sehr verschieden sei.

Abg. Dr. v. Jagdowski (Pole) beantragt die Forderung der Forderung
zu besondern Förderung des deutschen höheren Mädchen-
unterrichts in den Provinzen Westpreußen und Posen im
Betrage von 80 000 Mk. zu streichen.

Der Antrag wird ohne Debatte abgelehnt und die Position
Schulaufsicht bewilligt.

Bei der Position Elementarschulwesen bemerkt
Geh. Rath Gerner: Man kann die Zustände des Staats
für Volksschulen nicht nach formalen Regeln geben, da dann
leistungsfähige Gemeinden soviel bekämen, wie nicht leistungsfähige.
Aus diesem Grunde könnte der Staat auch nicht in
Bezug auf die Dispositionszulagen die Städte über 10 000 Ein-
wohner gleichmäßig berücksichtigen.

Auf eine Anfrage des Abg. Barmter (nl.) erwidert
Geheimrathe Kuegler, daß die Gehaltslisten, die für
Sammer bestehen, nach Ansicht der Regierung durch eine
Regierungs-Verordnung abgeändert werden können, daß aber
der hannoversche Provinzialrat entgegengegesetzter Ansicht sei
und daher jetzt das Oberverwaltungsgericht endgültig ent-
scheiden müsse.

Abg. Willbrand bemängelt, daß die Regierung in
Münster i. W. den Volksschullehrern die Ausübung der Jagd
im Disziplinargebiet untersagt habe. Ein Lehrer könne keine
Babereie machen und da sei die Jagd eine wünschenswerthe
Erholung.

Abg. Holz (Str.) wünscht, daß bei dem in Aussicht
gestellten Lehrer-Beholdungsgeheß die Lehrer, die Krücker und
Ordensdiener mit versehen, auch ein dem entsprechend höheres
Gehalt bekommen und bemängelt die Art des Unterrichts der
polnischen Kinder auf der Unterstufe im Deutschen, der nur in
einem mechanischen Nachplappern ohne Eindringen in den Sinn
der Worte bestche.

Abg. Siegel (nl.) führt aus, daß der Kultusminister an die
Regierungspräsidenten in Westpreußen ein Schreiben gerichtet habe,
wenn dieselben aufgefordert wurden, nimmeh den Versuch zu
machen, einen höheren Normalaort für die Volksschullehrer ein-
zuführen und dabei als günstiger Zeitpunkt der 1. April 1895, weil
dann das Kommunalabgabengesetz eingeführt werde, angeführt
würde. Er halte dies Bedürfnis für vorliegend, den typischen
magere Lehrer finde man in Westpreußen nicht mehr, er könne
vielmehr einige Lehrer mit Scherbenreden vorführen (Heiterkeit).
Die Verfügung habe viel Ungleichheit in Westpreußen erregt,
da die Gemeinden ohnehin schon überbürdet seien. Wenn das
Gehalt der Lehrer erhöht werden sollte, so möge der Kultus-
minister beim Finanzminister dafür einige Mittel locker machen.

Abg. Stengel (nl.) bittet um eine zweckmäßige und nicht
so mechanische Vertheilung der Dispositionszulagen, und ist der
Ansicht, man dürfe bei den Zuständen nicht plötzlich zu einem
anderen System übergehen. Er hoffe, daß das geplante Lehrer-
beholdungsgeheß bald eingebracht werde.

Abg. v. Heydebrand und der Laa (Str.) legt dar, daß
die Leistungen für das Volksschulwesen so hohe geworden seien,
daß sie an der Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit des
Staates angekommen seien. Eine Ordnung könne nicht durch ein
Schuldotationsgesetz, sondern nur durch ein allgemeines Schulgesetz
erfolgen. Er wolle bei dieser Gelegenheit doch das Centrum bitten,
die Debatte nicht durch so viel Beisprüche zu verlängern,
besonders da sie doch einen Minister vor sich hätten, der hart
bis an die Grenze zu Gunsten des Centrums gehe, wie ein
Beamter nur gehen könne. Man solle doch nicht eine Art von
Kulturkampf hier inszenieren, von dem in Wirklichkeit nicht die
Rede sein könne. (Beifall rechts.)

Darauf verlegt das Haus die weitere Berathung auf
Montag 11 Uhr.

Schluß gegen 4 1/2 Uhr.

Waaren- und Produktberichte.

Zucker.

Braunschweig, 9. März. (Bericht von Quansell & Spannoth.)
Robenzucker. In der ersten Wochehälfte war der Markt recht still.
Das Angebot sowie die Nachfrage für Kornzucker war geringfügig. In
weiteren Verlaufe des Marktes besserte sich die Stimmung. Die inlands-
raffinierten bezogen zu sämtlich steigenden Preisen stärkere Nachfrage,
so daß das größere Angebot zu ungefähr 20 Pf. höheren Preisen gegen
letzte Angabe schliank Aufnahme fand. Nacherzeugnisse konnten hier
letztens Verstand abhandeln. Der Wochenumsatz des hiesigen Bezirkes
betragt ca. 20 000 Ctr. Raffinierter Zucker. Auch in der jüngsten
Berichtswoche nahm das Geschäft in raffinierten Zucker einen ruhigen
Verlauf. Die Anforderungen auf bestehende Abnahme waren sehr
beschränkt. Es notiren heute 50 kg: Raffinierter Zucker:
Raffinade I. 26 5/8 M. Raffin. II. — M. amschl. Fass. Raffinade 27 7/8 bis
28 2/8 M. einisch. Kiste. — Robenzucker: Kornzucker 92* (alten Rmt.)
— M. Kornzucker 88* (alten Rmt.) — M. Kornzucker 92* (neues
Rmt.) 13 7/8 M. Kornzucker 88* (alten Rmt.) 15 1/8 bis 13 3/8 M.
Nachprodukte 15* Rmt. 9 5/8 bis 10 5/8 M. amschl. — Rübenzucker:
Be. (61 5/8) Effektiv und spätere Lieferung, zur Entzuckerung — M.
für Brennereien — M. per 10 kg zusschl. Tonne.

Oelkuchen.

Neuss aRh., 9. März. (Original-Wochenbericht von Jonas
Wolffmann.) Indien fordeit, bei gleichbleibendem Wechselkurs,

höhere Preise für Rübsaat und Erdnüsse, ohne dadurch hier
zu nennenswerten Käufen Anlass zu geben, da die betreffenden Oele
noch immer in keinem Verhältnisse hierzu verköchlicht sind. Oleo-
saaten ruhiger. Rüböl mäßig. Leinöl besser. Erdnüsse 1 ohne
Aenderung. Oelkuchen stiller. Die Preise derselben auf spätere
Lieferungen ziehen jedoch Käufer heran. — Tagespreise bei Abnahme
von Paris: Rüböl ohne Fass 45 7/8 M. Leinöl ohne Fass — M. für
100 kg. Rüböluchen 102 M. Leinöluchen — M. Erdnusskuchen (harr-
f.) 140 M. für 100 kg.

Hamburg, 9. März. Oelkuchen ruhig. Rapskuchen 115-130 M.
Leinölkuchen 140 M. Pankuchen 140 M. Erdnusskuchen 125-125 M. je
nach Qual, Baumwollkuchen 130 M. für 100 kg angeboten.
Pankerschrot 100 M. für 100 kg zu notiren. Rüböl still, loco 45 1/2,
M. B. Leinöl still, loco 46 M. Fr.

Chemische Produkte.

London, 9. März. Chilisalpeter 9 sh. 3/4, d. für gewöhnliche, 9
sh. 4/4, d. für chemische Sorten.

Viehmärkte.

Berliner Viehmarkt. Berlin, 10. März. Städtischer
Schlachtviehmarkt. Zum Verkauf standen heute: 4895 Rinder,
657 Schweine (darunter 514 Bakonier), 1055 Kälber und 12 054 Hammel.
Der Rindermarkt verlief ruhig. I. 22-26, II. 45-50, III. 32-43,
IV. 32-36 M. für 100 Pfd. Fleischgewicht (d. i. das Gewicht der vier
Vierte), auf welche der für das Stück gezahlte Preis, aber nach Ab-
zug des durchschnittlichen Wertes von Haut, Kopf, Füssen, Ein-

geweihen oder Kram, verhält worden ist. — In Schweine war
gesuchte Waare darüber, II. 52-53, III. 49-51 M. für 100 Pfd. mit
60 Proz. Fett. Bakonier 48 1/2 M. für 100 Pfd. mit 50-55 Pfd. Abzug
(Tara) auf das Stück. — Der Kalbhandel wickelte sich langsam ab.
I. 24-26, ausgesuchte Waare darüber, II. 44-45, III. 30-33 Pf. für
das Stück Fleischgewicht. — In Hammeln war das Geschäft be-
steht Lämmer bis 52, ausgesuchte Waare auch darüber, II. 32-40 Pf.
für das Pfund Fleischgewicht.

Wasserstände. († bedeutet über — unter Null.)

Milieu.	Esar.	Esar.	Esar.
März.	Febr.	Januar.	Dezember.
Budweis...	9-0,65	10	10,1
Prag...	9-0,46	10	10,1
Jungbunzlau...	9-0,34	10	10,1
Lamb...	9-0,36	10	10,1
Pardubitz...	9-0,82	10	10,1
Brandeis...	9-1,12	10	10,1
Helmick...	9-0,70	10	10,1
Elbe...	9-0,56	10	10,1
Aussig...	10-1,00	10	10,1
Dresden...	9-0,15	10	10,1

Ansieg: Von den oberen Plätzen werden 22 cm Fall gemeldet.

